

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/Z013(IV)06			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Mittwoch, 04.10.2006	Hasselbachsaal	17:00Uhr	19:30Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Beschlussvorlagen
 - 3.1 Bildung des Eigenbetriebes "Kommunales Gebäudemanagement"
Vorlage: DS0241/06

WV vom 15. 09. 2006

BE: Oberbürgermeister
 - 3.2 Zukünftige strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung des Zoologischen Gartens Magdeburg und damit verbundene Überführung in die Zoologischer Garten Magdeburg GmbH (ZGM) unter gesellschaftsrechtlicher und finanzieller Mitbeteiligung des regionalen Umlandes.
Vorlage: DS0277/06

WV vom 15. 09. 2006

BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport

3.3 Bildung des Eigenbetriebes "Puppentheater der Stadt Magdeburg"

Vorlage: DS0279/06

WV vom 15. 09. 2006

BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport

3.4 Bildung des Eigenbetriebes "theater magdeburg"

Vorlage: DS0283/06

WV vom 15. 09. 2006

BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung des Verwaltungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen der vorliegenden Tagesordnung zu.

3. Beschlussvorlagen

3.1. Bildung des Eigenbetriebes "Kommunales Gebäudemanagement" Vorlage: DS0241/06

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Leiter des Fachbereiches Kommunales Gebäudemanagement (FB03) Herr Ulrich und die Leiterin des Fachdienstes Kaufmännisches Gebäudemanagement im FB03 Frau Kobow teil.

Zur Beratung liegt der Änderungsantrag DS0241/06/1 des Ausschusses FG vor.

Von Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, werden die Änderungsanträge DS0241/06/2, DS0241/06/3 und DS0241/06/4 der CDU-Fraktion an die Mitglieder des Verwaltungsausschusses verteilt.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, macht erläuternde Ausführungen zu den Änderungsanträgen seiner Fraktion. Speziell zum Änderungsantrag DS0241/06/4 verweist er darauf, dass mit der Regelung der Drucksache hinsichtlich der Entscheidungsbefugnis des Betriebsleiters zu Vergaben der Vergabeausschuss ca. 80 % der bisherigen Vergabeentscheidungen verlieren wird. Hierzu muss die weitere Umgehensweise mit diesem Verfahren sowie der Anzahl der Vergabestellen geklärt werden. Der vorliegende Änderungsantrag wurde im Ergebnis eines Vergleiches seiner Fraktion mit den Entscheidungsbefugnissen zu Vergaben in den anderen Betriebsausschüssen erstellt.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt Bezug auf den Änderungsantrag DS0241/06/3 und verweist darauf, dass alle anderen Leiter von Eigenbetrieben auf 5 Jahre befristete Verträge haben und somit eine Beschlussempfehlung zum Änderungsantrag abgegeben werden kann.

Bezug nehmend auf den Änderungsantrag DS0241/06/2 informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper über den Auftrag an den Fachbereich 03 im Betriebsausschuss zu klären, welche Leistungen günstiger erbracht werden können. Auf Grund des nach seiner Ansicht zu kurzen Zeitraumes bis zur im Änderungsantrag genannten Terminstellung 01. 07. 2007 unterbreitet er den Vorschlag, zu den bis zu diesem Zeitpunkt gewonnenen Erkenntnissen einen Zwischenbericht vorzulegen. Die Vertreter der CDU-Fraktion erklären dazu ihr Einverständnis.

Stadtrat Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS, spricht sich dafür aus, zunächst eine Prüfung hinsichtlich der Durchsetzbarkeit der Privatisierung der genannten Leistungen durchzuführen. Im Fall eines positiven Prüfergebnisses kann das Privatisierungskonzept erstellt werden.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper unterstützt die Auffassung von Stadtrat Brüning und legt dar, dass heute keine Entscheidung hinsichtlich einer Privatisierung zu treffen ist sondern geprüft werden soll, ob genannte Leistungen günstiger erbracht werden können. Hierzu schlägt er vor, den Änderungsantrag dahingehend zu konkretisieren, dass ein Prüfauftrag erteilt werden soll.

Mit Hinweis auf die Einspareffekte auf Grund von Privatisierungen im Eigenbetrieb SFM spricht sich Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für eine Beschlussfassung zum so geänderten Änderungsantrag DS0241/06/2 aus.

Bezüglich des vorgelegten Änderungsantrages DS0241/06/4 bezeichnet er diesen als zu umfangreich, um heute ein Beschlussvotum abgeben zu können. In diesem Zusammenhang verweist er darauf, dass nicht der Oberbürgermeister sondern der Betriebsleiter den Eigenbetrieb nach außen vertritt.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper führt aus, dass im Zuge der Fachbereichsbildung dem Fachbereichsleiter bestimmte Kompetenzen eingeräumt wurden und er eine Beschneidung dieser Kompetenzen im Zuge der Eigenbetriebsbildung gemäß dem Vorschlag zum § 6 (3) nicht für sinnvoll hält. Ebenso sieht er durch eine zu hohe Ausschussbeteiligung ein Erschwernis für die Arbeit des Eigenbetriebes. Er legt seine Auffassung dar, dass ein gewisses Maß an Vertrauen dem Eigenbetriebsleiter sowie dem Betriebsausschuss entgegengebracht werden sollte. Ebenso verweist er zur Frage der Zentralen Vergabestelle darauf, dass diese im Dezernat I verbleiben wird und alle Ausschreibungen des Eigenbetriebes über diese Vergabestelle erfolgen. Er bittet darum, keine Kürzungen bzgl. der Wertgrenzen von Vergaben vorzunehmen.

Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, spricht sich ebenfalls gegen eine Kürzung der Kompetenzen des Eigenbetriebsleiters hinsichtlich der Wertgrenzen bei Vergaben aus und sieht noch Abstimmungsbedarf zum Änderungsantrag DS0241/06/4.

Zum Änderungsantrag DS0241/06/2 unterbreitet Stadtrat Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS, einen Formulierungsvorschlag und macht hierzu erklärende Ausführungen.

Im Rahmen der weiteren Diskussion zum Änderungsantrag DS0241/06/2 gibt Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, nochmals klarstellende Erläuterungen zum Anliegen des Änderungsantrages und spricht sich gegen den Formulierungsvorschlag des Stadtrates Brüning aus.

Im Ergebnis der geführten Diskussion unterbreitet der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper seinerseits nachfolgenden konkretisierenden Formulierungsvorschlag:

„Dem Stadtrat ist bis zum 01. 07. 2007 das Prüfergebnis über die Sinnhaftigkeit einer mittelfristigen Privatisierung der Leistungen des Bauhofes, der Hausmeisterstellen in den Kultur- und Verwaltungsgebäuden sowie der Leistungen im Bereich Pförtner- und Sicherheitsdienste zur Beratung vorzulegen.“

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses empfehlen einstimmig dem Stadtrat die Beschlussfassung des Änderungsantrages DS0241/06/2 in o.a. Fassung.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses empfehlen einstimmig dem Stadtrat die Beschlussfassung des Änderungsantrages DS0241/06/3.

Zum vorliegenden Änderungsantrag DS0241/06/4 wird noch Abstimmungsbedarf der Fraktionen gesehen und somit kein Votum des Verwaltungsausschusses abgegeben.

Im Weiteren nimmt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper Bezug auf den Änderungsantrag DS02421/06/1 des Ausschusses FG, begründet die Unpraktikabilität in der Umsetzung und führt aus, dass zum Verfahren der Mittelumsetzung noch Abstimmungsbedarf besteht. Er wird sich dazu noch einmal mit dem Vorsitzenden des Ausschusses FG abstimmen.

Der Leiter des FB03 Herr Ulrich macht klarstellende Erläuterungen hinsichtlich des aufgeführten Zuschussbedarfes und erläutert auf Nachfrage des Stadtrates Sven Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, hinsichtlich des zukünftigen Verhältnisses zwischen Eigenbetrieb und freien Trägern das Verfahren zur Betreuung der freien Träger.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt unter Beachtung des geänderten Änderungsantrages DS0241/06/2 und des Änderungsantrages DS0241/06/3 mit 8 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 4 Enthaltungen dem Stadtrat, die Drucksache DS0241/06 in seiner Sitzung am 12. 10. 2006 zu beschließen.

- 3.2. Zukünftige strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung des Zoologischen Gartens Magdeburg und damit verbundene Überführung in die Zoologischer Garten Magdeburg GmbH (ZGM) unter gesellschaftsrechtlicher und finanzieller Mitbeteiligung des regionalen Umlandes.
Vorlage: DS0277/06
-

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport (Bg IV) Herr Dr. Koch und der Leiter des Eigenbetriebes Zoo Herr Perret teil.

Zur Beratung liegen die Änderungsanträge DS0277/06/1 bis DS0277/06/4 des Betriebsausschusses Zoo sowie DS0277/06/5 bis DS0277/06/8 und DS0277/06/10 der CDU-Fraktion und Fraktion Bund für Magdeburg vor.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses empfehlen einstimmig die Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0277/06/1.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses empfehlen einstimmig die Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0277/06/2.

Zum Änderungsantrag DS0277/06/3 verweist Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, dass dieser im Zusammenhang mit dem Änderungsantrag DS0277/06/10 zu beraten ist und gibt Erläuterungen zum Anliegen des Änderungsantrages DS0277/06/10.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, verweist darauf, dass entsprechend der Regelungen im GmbH-Gesetz eine Mitarbeitervertretung im Aufsichtsrat nicht zwingend erforderlich ist. Bezüglich der Bestellung eines Aufsichtsratsmitgliedes mit betriebswirtschaftlicher und gesellschaftlicher Kompetenz gibt er zu bedenken, dass Belegschaftsmitglieder des Zoos über Fachkenntnis auf zoologischem Gebiet verfügen aber nicht zur wirtschaftlichen Tätigkeit einer GmbH.

Die Stadträte Dr. Kutschmann, Fraktion BfM, und Schindehütte, CDU-Fraktion, sprechen sich für die Bestellung von Sachverständigen im Aufsichtsrat aus.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt Bezug auf die Mitarbeit fachlicher Experten in anderen Aufsichtsgremien wie MVB, Wobau und Stadtparkkasse und regt an zu überlegen, ob deren Tätigkeit bisher schädlich für die Arbeit der Aufsichtsräte war.

Stadtrat Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS, bringt sein Unverständnis zur Erhöhung der Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder im Änderungsantrag DS0277/06/10 zum Ausdruck. Er bezeichnet die im Änderungsantrag DS0277/06/3 vorgeschlagene Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder als optimal und spricht sich für eine Zustimmung zu diesem Änderungsantrag aus.

Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, spricht sich ebenfalls gegen den Änderungsantrag DS0277/06/10 aus.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert, dass der Gemeinderat Barleben bei einer Enthaltung der vorliegenden Drucksache einstimmig zugestimmt hat. Die bis zur Behandlung der Drucksache im Gemeinderat vorliegenden Änderungsanträge wurden von ihm dort erläutert, seitens des Gemeinderates gab es keine Bedenken hinsichtlich des Änderungsantrages DS0277/06/3.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses empfehlen mit 6 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat die Ablehnung des Änderungsantrages DS0277/06/3.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses empfehlen mit 6 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat die Ablehnung des Änderungsantrages DS0277/06/10.

Der Beigeordnete IV Herr Dr. Koch nimmt Bezug auf den Änderungsantrag DS0277/06/4 und informiert, dass in Umsetzung des mit diesem Änderungsantrag erteilten Auftrages zur Prüfung hinsichtlich der Gemeinnützigkeit der Zoo GmbH im Ergebnis der Änderungsantrag DS0277/06/9 des Oberbürgermeisters zum §2 des Gesellschaftsvertrages dem Stadtrat am 12. 10. 2006 vorgelegt wird. Im Weiteren macht er erläuternde Ausführungen zu diesem Änderungsantrag.

Ergänzend verweist der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper darauf, dass der Änderungsantrag DS0277/06/09 den Änderungsantrag DS0277/06/4 des Betriebsausschusses Zoo ersetzt.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses empfehlen einstimmig dem Stadtrat die Beschlussfassung des Änderungsantrages DS0277/06/5.

Bezug nehmend auf den Änderungsantrag DS0277/06/6 der CDU-Fraktion und Fraktion BfM führt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper aus, dass die Übertragung der Grusonschen Gewächshäuser auf die Zoo GmbH bereits im entsprechenden Wirtschaftsplan veranschlagt wurde und bringt sein Unverständnis zum Anliegen des Änderungsantrages zum Ausdruck.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion BfM, verweist auf eine Reihe bestehender Unwägbarkeiten und erläutert seine Auffassung, dass mit dem derzeitigen Personalbestand die Übertragung nicht durchsetzbar sei und ebenso die Finanzierung noch nicht geklärt ist.

Ergänzend legt Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, dar, dass die Umgestaltung des Zoos eine umfangreiche Aufgabe darstellt, deren Umsetzung eines erheblichen Aufwandes bedarf. Die Übernahme der Gewächshäuser bedeutet für ihn zusätzlichen Aufwand, der nicht unbedingt erforderlich ist.

Der Beigeordnete IV Herr Dr. Koch führt aus, dass Anliegen der vorgeschlagenen Übertragung die Sicherung der Zukunft der Grusonschen Gewächshäuser ist. Mit Hinweis auf Punkt 4 des Beschlussvorschlages der DS0277/06 legt er dar, dass die Übertragung mittels Geschäftsbesorgungsvertrag vorgenommen wird und keine zusätzlichen Stellen beim Zoo erforderlich sind. Über die vertraglichen Regelungen der Geschäftsbesorgung muss der Stadtrat noch gesondert befinden.

Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, informiert über die Unterstützung seiner Fraktion zur vorgeschlagenen Übertragung und sieht hierin eine Chance für die weitere Entwicklung der Gewächshäuser. Er spricht sich gegen eine Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0277/06/6 aus.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, nimmt zum Änderungsantrag Stellung und sieht auf Grund des erforderlichen Investitionsaufwandes für die Umgestaltung des Zoos eine zusätzliche finanzielle Belastung für die Stadt Magdeburg, wenn die Übertragung der Gewächshäuser vorgenommen wird. Er regt an Überlegungen anzustellen, ob für die Übernahme der Gewächshäuser eine andere Lösung gefunden werden kann.

Erläuternd hierzu wird durch den Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper dargelegt, dass Investitionen für die Gewächshäuser nicht Inhalt der vorliegenden Drucksache sind, da die Finanzierung nicht über die Zoo GmbH erfolgt. Die finanziellen Mittel hierfür sind im städtischen Haushalt eingestellt. Insbesondere verweist er auf die bestehende Gefahr, dass ohne Abschluss eines Geschäftsbesorgungsvertrages keine baulichen Maßnahmen zur Sanierung der Gewächshäuser durchgeführt werden. Der Geschäftsbesorgungsvertrag würde dem Stadtrat gesondert zur Beschlussfassung vorgelegt.

Hinweis: Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, erscheint um 18.00 Uhr zur Sitzung.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, unterstützt die Auffassung des Oberbürgermeisters und spricht sich gegen den Änderungsantrag DS0277/06/6 aus.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses empfehlen mit 4 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat die Ablehnung des Änderungsantrages DS0277/06/6.

Zum Änderungsantrag DS0277/06/7 erläutert Herr Perret inhaltliche Aspekte des Personalüberleitungsvertrages. Insbesondere erläutert er die Hintergründe, die einer Aufnahme einer Regelung zur Übernahme von Auszubildenden in den Personalüberleitungsvertrag entgegenstehen. Mit Hinweis darauf, dass das bisher übliche Übernahmeverfahren auch weiterhin Anwendung finden soll unterbreitet er den Vorschlag, den Änderungsantrag entsprechend umzuformulieren.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, erläutert das grundsätzliche Anliegen, Auszubildenden nach Abschluss ihrer Ausbildung noch weitere 6 Monate Beschäftigung zu gewährleisten und stimmt zu, den Halbsatz „... durch eine entsprechende Formulierung im Personalüberleitungsvertrag...“ zu streichen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses empfehlen einstimmig dem Stadtrat die Beschlussfassung des Änderungsantrages DS0277/06/7 in der modifizierten Fassung.

Bezüglich des Änderungsantrages DS0277/06/8 hält es der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nicht für richtig, im Zuge der Eigenbetriebsbildung bereits auf eine mögliche Insolvenz zu verweisen und gibt die Empfehlung, diesen Änderungsantrag abzulehnen.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, führt erläuternd aus, dass dieser Änderungsantrag in Anlehnung an den Überleitungsvertrag für Kindergärtnerinnen erstellt wurde und sieht keine Veranlassung, den Änderungsantrag zurückzuziehen.

Hierzu verweist der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper darauf, dass bei Insolvenzen von freien Trägern der Stadtrat keine Einflussmöglichkeiten hat. Im Fall der Zoo GmbH ist diese Möglichkeit jedoch gegeben.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses empfehlen mit 4 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung dem Stadtrat die Ablehnung des Änderungsantrages DS0277/06/8.

Abschließend informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, dass seitens des Landesverwaltungsamtes mit der vorgesehenen Maßnahme keine Übereinstimmung mit dem Haushaltskonsolidierungskonzept gesehen wird. Kritisch gesehen wird die Einstellung eines Investitionskostenzuschusses von jährlich 1 Mio Euro und auch die Frage der Übernahme einer kommunalen Ausfallbürgschaft. Das Landesverwaltungsamt gibt die Empfehlung, die vorliegende Drucksache bis zur abschließenden Klärung der finanziellen Probleme nicht zu beschließen.

Herr Dr. Trümper begründet seine Auffassung, diese Empfehlung abzulehnen und verweist auf die Möglichkeit, dass seitens des Landesverwaltungsamtes keine Genehmigung zur Bürgschaftsübernahme erteilt wird. Das Landesverwaltungsamt wird durch ihn informiert, dass die Drucksache DS0277/06 durch ihn nicht zurückgezogen wird.

Auf Nachfrage des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, sagt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper zu, den Fraktionen den gesamten Schriftverkehr mit dem Landesverwaltungsamt zur Kenntnisnahme zu übergeben.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses empfehlen unter Beachtung der zur Beschlussfassung empfohlenen Änderungsanträge DS0277/06/1, DS0277/06/2, DS0277/06/5 und DS0277/06/7 mit 9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat, die Drucksache DS0277/06 in seiner Sitzung am 12. 10. 2006 zu beschließen.

3.3. Bildung des Eigenbetriebes "Puppentheater der Stadt
Magdeburg"
Vorlage: DS0279/06

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport (Bg IV) Herr Dr. Koch, der Intendant des Puppentheaters Herr Kempchen und die Verwaltungsleiterin Frau Wehling teil.

Zur Beratung liegt der Änderungsantrag DS0279/06/1 des Kulturausschusses vor.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, reicht den Änderungsantrag DS0279/06/2 seiner Fraktion an die Mitglieder des Verwaltungsausschusses aus.

Erläuternd zum Änderungsantrag DS0279/06/2 informiert Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, über die Auffassung seiner Fraktion, dass der Änderungsantrag eine Anpassung der Drucksache sowie der Eigenbetriebsatzung des Puppentheaters an die Eigenbetriebsatzung des Theaters gewährleisten soll.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper führt aus, dass auf Grund des Umfangs der vorgeschlagenen Änderungen diese bis zur Sitzung des Stadtrates am 12. 10. 2006 seitens der Verwaltung geprüft werden. Aus diesem Grund kann heute kein Votum des Verwaltungsausschusses gegeben werden.

Bezug nehmend auf den Änderungsantrag DS0279/06/1 informiert Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen über die Diskussion des Kulturausschusses. Er legt dar, dass gemäß Eigenbetriebsgesetz die Bildung eines gemeinsamen Betriebsausschusses möglich ist, hält dies im vorliegenden Fall jedoch nicht für geeignet, da die Interessenlagen beider Theater unterschiedlich sind. Er empfiehlt eine Ablehnung des Änderungsantrages.

Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, sieht keine Konkurrenzsituation beider Theaterbetriebe und verweist auf ein mögliches Einsparpotenzial auf Grund der gemeinsamen Betriebsausschussbildung.

Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS stimmt der Auffassung von Stadtrat Löhr zu und befürwortet den Änderungsantrag DS0279/06/1.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, informiert im Ergebnis einer geführten Anhörung der Theaterbetriebe über die Auffassung seiner Fraktion, keine gemeinsame Ausschussbildung vorzunehmen. Er spricht sich für eine Ablehnung des Änderungsantrages DS0279/06/1 aus.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion BfM, und Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, sprechen sich ebenfalls gegen eine Beschlussfassung aus.

Stadtrat Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS, befürwortet die gemeinsame Betriebsausschussbildung und legt seine Befürchtung dar, dass mit weiteren Ausschussbildungen die Mitarbeit des Stadtrates komplizierter wird. Eine Vermengung der Interessenlagen beider Theaterbetriebe wird von ihm nicht gesehen. In der Zustimmung zum Änderungsantrag des Kulturausschusses sieht er auch eine Frage der Effizienz.

Der Beigeordnete IV Herr Dr. Koch begründet den Vorschlag der Verwaltung zur Bildung von zwei Betriebsausschüssen und verweist dabei auf die sehr spezielle Kunstform des Puppentheaters. In diesem Zusammenhang nimmt er Bezug auf die im Änderungsantrag DS0279/06/2 vorgeschlagenen Änderungen und legt dar, dass die Unterschiede zwischen beiden Drucksachen der unterschiedlichen Spezifik der Theaterformen geschuldet sind.

Der Intendant des Puppentheaters Herr Kempchen gibt den Hinweis zur Entscheidungsfindung, dass das Puppentheater entsprechend seiner Struktur kein reiner Theaterbetrieb mehr ist. Das Aufgabenspektrum der beiden Eigenbetriebe ist unterschiedlich und führt somit auch zu einer unterschiedlichen Entwicklung der Betriebe.

Stadtrat Franke, FDP-Fraktion, unterstützt die Ausführungen des Beigeordneten IV Herrn Dr. Koch und spricht sich ebenfalls gegen eine gemeinsame Ausschussbildung aus.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses empfehlen mit 5 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung dem Stadtrat die Ablehnung des Änderungsantrages DS0279/06/1.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses empfehlen einstimmig dem Stadtrat, die Drucksache DS0279/06 in seiner Sitzung am 12. 10. 2006 zu beschließen.

3.4. Bildung des Eigenbetriebes "theater magdeburg" Vorlage: DS0283/06

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport (Bg IV) Herr Dr. Koch, der Generalintendant Herr Wellemeyer und der Verwaltungsdirektor Herr Ruppert teil.

Zur Beratung liegt der Änderungsantrag DS0283/06/1 der CDU-Fraktion vor.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, legt begründend zum Anliegen des Antrages dar, dass durch ein weiteres Mitglied im Betriebsausschuss die Interessenvertretung sowohl der Mitglieder der Sparte Schauspiel als auch der Sparte Musik gesichert werden soll.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, beleuchtet die Frage der Interessenvertretung am Theater und hinterfragt den Umgang mit dieser.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, legt ergänzend zum Anliegen des Änderungsantrages die Auffassung dar, dass der Personalrat verschiedene Theaterbereiche repräsentieren soll.

Der Generalintendant Herr Wellemeyer führt erläuternd aus, dass sich der Personalrat des Theaters aus verschiedenen Bereichen zusammensetzt, in der Praxis aber das Schauspiel im Gegensatz zum Musiktheater unterrepräsentiert ist, was bisher in der Praxis kein Problem darstellte. Der Personalrat ist bemüht, alle Interessengruppen am Theater zu vertreten. Er bezeichnet es als gut, wenn sich der Betriebsausschuss als ein Ort darstellt, an dem die Interessenvertreter Konfliktsituationen unabhängig analysieren und entsprechende Lösungen finden können.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist darauf, dass die Regelungen des Eigenbetriebsgesetzes dem Personalrat das Vorschlagsrecht einräumen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses empfehlen mit 10 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat die Beschlussfassung des Änderungsantrages DS0283/06/1.

Ergänzend verweist der Verwaltungsdirektor Herr Ruppert auf einen Beschluss des Personalrates, der mit den Darlegungen in Anlage 3 der Drucksache nicht übereinstimmt und hinterfragt die Umgehensweise hierzu.

Hierzu stellt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper klar, dass die namentliche Besetzung der 2 Belegschaftsmitglieder auf der Grundlage einer Beschlussvorlage analog der Mitglieder aus dem Stadtrat durch diesen beschlossen werden muss. Dieser Beschluss des Stadtrates wird zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses empfehlen einstimmig dem Stadtrat, die Drucksache DS0283/06 unter Beachtung des Änderungsantrages DS0283/06/1 in seiner Sitzung am 12. 10. 2006 zu beschließen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzende/r

Andrea Behne
Schriftführer/in

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Hans-Werner Brüning

Stadtrat Holger Franke

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

Stadtrat Burkhard Lischka

Stadtrat Rainer Löhr

Stadtrat Sven Meinecke

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Johannes Rink

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Alfred Westphal

Stadträtin Beate Wübbenhorst

Beratende Mitglieder

Stadtrat Michael Stage

Geschäftsführung

Frau Andrea Behne

Amtsleiter Alfred Wagner

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Wigbert Schwenke